

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Strafband bringen die Deutsche Post und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24.50 M., postfrei. Einzelhefte 2 Pfg., per Post für Deutschland und Österreich 26.— M. Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Werder Straße 5-6.

Die achtgrößte Nonpareilgröße oder deren Raum kostet 1.— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Heft 2.— M., jedes weitere Heft 1.50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Dauernde Anzeigen laut Tarif. Familien-Kartagen und Stellen-Gesuche 2.50 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das jetzige Heft 1.50 M., jedes weitere Heft 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stegerwald Ministerpräsident!

Die mit so vielen Hindernissen verknüpfte Wahl des preussischen Ministerpräsidenten ist nun heute vormittag vor sich gegangen. Nach der Wiederwahl des alten Präsidiums des Landtags wurde der Wahlakt vorgenommen. Es wurden insgesamt 383 Stimmen abgegeben, davon erhielt Stegerwald, der bisherige Minister für Volkswohl-fahrt 332, außerdem entfielen auf Ludwig (Unabhängig) 25, Adolph Hoffmann (Komm.) 3, Scholem (Komm.) 1 Stimme. Die übrigen Stimmzettel waren unbeschrieben. Dieses Ergebnis läßt erkennen, daß es heute vormittag zwischen den Rechtssozialisten und den übrigen Koalitions-parteien zu einer Verständigung über die Person des Ministerpräsidenten gekommen ist. Stegerwald hat die Stimmen aller Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten, erhalten. Der „Vorwärts“ hatte noch heute morgen behauptet, daß die gestrigen Verhandlungen über die Person des Ministerpräsidenten ergebnislos verliefen seien, während die „Bolschische Zeitung“ bereits zu melden wußte, daß die Einigung zustande gekommen sei und daß die alten Koalitionsparteien einen Ministerpräsidenten wählen würden, der den Reichen des Zentrums entnommen wird, und der völlig freie Hand für die Bildung eines Kabinetts und einer Regierungskoalition haben soll.

Ob die letztere Behauptung zutreffend ist, ist zweifelhaft. Angeblich haben die Rechtssozialisten von Stegerwald die Zusage erhalten, falls er sein Kabinett zustande bringe,

dem die Rechtssozialisten zustimmen würden, von seinem Posten zurückzutreten.

Wie dem aber auch sei, durch die Wahl des Ministerpräsidenten sind die Schwierigkeiten der Regierungsbildung noch nicht geringer geworden. Nach wie vor kommt alles darauf an, ob die Rechtssozialisten, wie behauptet wird, ihre ursprüngliche Bedingung, daß der Ministerpräsident nicht mit der Deutschen Volkspartei wegen seines Eintritts in die Koalition verhandeln dürfe, fallen gelassen haben oder an ihr festhalten. Die nächsten Tage werden ja darüber hinreichend Aufschluß geben.

Regierungsbildung in Mecklenburg

Im mecklenburgischen Landtag hat am gestrigen Freitag die Wahl des Ministerpräsidenten stattgefunden. Gewählt wurde der Rechtssozialist Stelling mit 36 Stimmen. Der Kandidat der Deutschen Volkspartei, Dr. Reinhold Bloch, erhielt 27 Stimmen. Der Landtag hat sich darauf bis Dienstag vertagt, wo die Wahl des Ministeriums vorgenommen werden wird. Wie der „Vorwärts“ dazu mitteilt, werden voraussichtlich die Sozialdemokraten, Wirtschaftsparteiler, Demokraten und Deutsche Volkspartei je einen Mann stellen. In Mecklenburg wäre demnach die rechtssozialistisch-deutsch-volksparteiliche Koalition perfekt.

ehren und Nutzenwendungen

Von Arthur Crispian

Im November 1918 beendeten die ausländischen Arbeiter und Soldaten den Krieg. Zahlreiche politische Macht-positionen wurden erobert, bis zur Diktatur des Proletariats. Das Proletariat vermochte aber die Macht nicht dauernd zu behaupten, um grundlegende ökonomische und soziale Umwälzungen durchzuführen. Aus drei Gründen:

1. Waren die Arbeiter und Soldaten in ihrer Masse nicht bewußte Sozialisten; 2. Zogen es die Rechtssozialisten vor, lieber mit der Bourgeoisie Reformpolitik zu machen, als mit dem Proletariat die Revolution bis zum vollen Triumph des Sozialismus voranzutreiben; 3. Sabotierten die Kommunisten die proletarische Revolution durch ihre sinnlose Putschtaktik.

In einer einzigen noch so großen Schlacht ist der Kapitalismus nicht zu besiegen. Durch eine einzige noch so gewaltige Tat ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Der seit Jahrzehnten geführte Klassenkampf der modernen Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse ist ein ununterbrochener Bürgerkrieg mit zahlreichen Plänkelleien, Gefechten und Schlachten nach einem großen strategischen Feldzugsplan. In diesem Bürgerkrieg werden, den jeweiligen Situationen und Notwendigkeiten entsprechend, von beiden Seiten die verschiedensten friedlichen und gewaltsamen Mittel und Waffen gebraucht. Je näher dieser Bürgerkrieg seinen letzten entscheidenden Schlachten kommt, desto erbitterter wird er geführt, desto schärfer werden die benutzten Mittel und Waffen. Die Arbeiterklasse darf in ihrem ureigensten Interesse in diesem Bürgerkrieg niemals und unter keinen Umständen sinnlose Mittel anwenden und ebensowenig zu primitiven Waffen greifen, die aus Zeiten stammen, wo die Arbeiter weder Klassenbewußtsein besaßen noch den wissenschaftlichen revolutionären Sozialismus kannten. Hierzu gehören Attentate auf Personen und Sachen und Produktionsinstrumente und andere terroristische Akte. In diesem Bürgerkrieg kann es ferner keine Gemeinsamkeit zwischen den sich in Todesfeindschaft gegenüberstehenden Klassen geben. Denn der Zweck des Bürgerkrieges ist ja das Besiegen der anderen Klasse. Ohne den vollständigen Sieg der Arbeiterklasse über die Kapitalistenklasse kann die kapitalistische Produktionsweise nicht in die sozialistische umgewandelt werden. Die Kapitalisten sind zu Bündnissen mit Arbeitern nicht bereit, um sich selbst, im Bunde mit Arbeitern, zu besiegen, sondern um die Arbeiterklasse zu spalten, um Arbeiter zu täuschen und um aus irreführten Arbeitern arbeiterfeindliche Ueberläufer zu machen, kurz, um die ihr feindlichen Armeen der Arbeiterklasse zu desorganisieren, zu desqualifizieren und leichter und sicherer niederzuschlagen.

Die Rechtssozialisten ersehen den revolutionären Klassenkampf endgültig durch einen umfassenden permanenten Kuhhandel mit der Bourgeoisie. Die Rechtssozialisten predigen den Arbeitern Gebuld und verweisen sie auf die friedlichen Mittel der Demotratie. Die rechtssozialistischen Führer drückten den im November 1918 verjagten Offizieren wieder die Deggen in die Hände. Rechtssozialistische Führer machen der Bourgeoisie Konzessionen um Konzessionen. Den Arbeitern werden Machtpositionen genommen und ihre Lebenshaltung mehr und mehr herabgedrückt. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden weder energisch, noch planmäßig oder großzügig bekämpft. Im Gegenteil, die Zustände werden immer unerträglicher. Die Bourgeoisie bereichert sich und kümmert sich trotz der Konzessionen, die ihr von den Rechtssozialisten gemacht werden, den Teufel um die Qual der Massen.

Die rechtssozialistische Politik ist unfruchtbar — für die Arbeiter.

Die Kommunisten reden den Massen vor, daß der Kapitalismus zusammengebrochen ist und daß es sich nicht erst noch lohnt, sich um die Räte des Tages zu kümmern. Die Arbeiter hätten kein Interesse daran, den Produktionsprozeß aufrechtzuerhalten. Das Ringen um Reformen sei Arbeiterverrat. Ein Schlag — und das kapitalistische Gebäude sei zertrümmert.

Die kommunistische Taktik erlebte im März-Putsch 1921 ihren Bankrott.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten bemühen sich unausgeseht, die Massen um die Fahne der proletarischen Revolution zu sammeln und zu planmäßigem Klassenkampf zu organisieren. Der Klassenkampf muß zu gleicher Zeit um politische, wirtschaftliche und soziale Reformen und um die Macht geführt werden. Ernsthafte Reformen können ebensowenig erschöpfert wie die Macht erschritten werden. Zäher, unermüdlicher Kampf ist notwendig. Stille um Stille voran. Beharrlichkeit und Zielbewußtsein führen zum Ziel.

Die ungeschulten Massen, die durch den November-Aufstand von 1918 in die politischen Kämpfe gerissen wurden, schwanken zwischen den Rechtssozialisten und Kommunisten. Diese Massen sind durch Theorie nicht zu belehren. Sie müssen erst durch harte Erfahrungen reif und fähig gemacht werden, bevor sie mit ihren im jahrzehntelangen Klassenkampf geschulten und geprüften Klassenbrüdern in Reich und Glied kommen.

Im Januar 1919, bei den Wahlen zur Nationalversammlung, schworen die ungeschulten Massen auf die Demokratie,

Der große Streik in England

Das Ultimatum des Dreibundes

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben, wie wir schon mitteilten, den Beschluß gefaßt, die Bergarbeiter durch den Sympathiestreik des Dreibundes zu unterstützen. Der Streikbeginn selbst aber auf Dienstag angesetzt. Der Streikbeschluß ist daher zunächst wohl nur als ein weiteres Zwangsmittel aufzufassen, um Regierung und Zechenbesitzer zum vollen Bewußtsein der Entschlossenheit der Arbeiter zu bringen und sie zu Verhandlungen und zur Anerkennung der Bergarbeiterforderungen, das heißt, zum Aufgeben der auf den Lohnabbau gerichteten Bestrebungen zu zwingen. Nachdem Eisenbahner und Transportarbeiter durch ein solches Ultimatum aktiv in den Kampf eingegriffen haben, haben sie sofort Schritte unternommen, um ihren Einfluß zur Herbeiführung solcher Verhandlungen mit der Regierung geltend zu machen. Als Vertreter der parlamentarischen Arbeiterpartei beratschlagten heute die Unterhausmitglieder Arthur Henderson und Robertson mit den Eisenbahnern und Transportarbeitern. Eine gemeinsame Abordnung der Eisenbahner und Transportarbeiter wird morgen vormittag mit Lloyd George zusammentreffen.

Die Bergarbeiter halten daran fest, daß die Verhandlungen nur möglich sind, wenn die Regierung die Absicht aufgibt, die Bergarbeiter zur Veränderung ihrer Taktik und zur Verrichtung der Pumparbeiten zu zwingen.

Kapitalistische Mobilmachung

CC. London, 8. April.

Lloyd George erklärte gestern am Schluß der Unterhaus-Sitzung, daß er eine wichtige Mitteilung zu machen habe. Er sagte unter anderem, die Regierung, als der Schützer der Nation, könne nicht gestatten, daß eine Katastrophe, wie sie die Ueber-schneemung und Vernichtung der Bergwerke bedeuten würde, über alle Bürger hereinbräche. Zum ersten Male in der Geschichte des Landes bestände sich die Nation einer Drohung gegenüber, das zu verhindern, was ihren Reichtum ausmache. Lloyd George verlas dann noch eine königliche Botschaft, in der es heißt, daß die kritische Lage, die sich ergeben habe, die Veranlassung sei, daß die Reservearmeen aufgestellt werden müßten und der Aufruf an die Freiwilligen des Landheeres, der Marine und der Luftschiffahrt erging.

London, 8. April (Kreuzer).

Die Regierung hat heute Abend einen Aufruf an alle loyalen Bürger erlassen, sich zu Schuhwerkständen zu vereinigen.

Streikbrecher

UL. London, 9. April.

Die Lokarbeiter der Bergarbeiter in Derbyshire, Nottinghamshire und Staffordshire haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen und so den Beschluß des Bergarbeiterverbandes zu umgehen. Die „Evening News“ sagen, daß die Transportarbeiter einer besonderen Vorkaution zugestimmt haben, um die Verteilung von Lebensmitteln im Falle eines allgemeinen Streiks zu sichern.

Ein Vorschlag zur Vermeidung des Streiks

UL. London, 9. April.

Der Sekretär der Gewerkschaft der Grubenleute hat Lloyd George vorgeschlagen, die Ausgaben für die Beibehaltung der bisherigen Löhne durch die Auflage einer Anleihe des britischen Reiches zu decken, um damit der Kohlenindustrie zu ermöglichen, ohne Verlust zu arbeiten und

die bisherigen Lohn Tabellen beizubehalten. Die Grubenleute sind bereit, für den Fall, daß dieser Vorschlag angenommen wird, die Pumpen sofort in Betrieb zu setzen.

Unruhen in Schottland?

Ueber Rotterdam werden Unruhen in Schottland gemeldet, jedoch in einer Aufmachung, die die Richtigkeit der Einzelheiten dieser Nachricht zweifelhaft erscheinen lassen. In Schottland, heißt es, sollen die Grubenarbeiter die Mehrzahl der Gruben im Sturm genommen und unter Wasser gesetzt haben. Auch in mehreren Städten, vor allem in Glasgow und in Edinburgh, haben die Streikenden die Macht an sich gerissen und kommunistische Republiken proklamiert. Die Regierung hat über Schottland den Belagerungszustand und das Standrecht verkündet. Man befürchtet das Umsichgreifen der bolschewistischen Revolution. Die Garnison von London wurde mobil gemacht. Starke Artillerie- und Kavalleriewachen sind nach Schottland abgegangen.

Die Londoner Presse zum Streik

Bolschewistenschreck — Veröhnliche Stimmen

London, 9. April.

Ein Teil der Morgenpresse ist der Ansicht, daß sowohl die größte industrielle Krise, der sich England je gegenübergestellt sah, ihren Höhepunkt erreicht hat, immer noch Hoffnung vorhanden ist, daß der Friede noch gesichert werden könne. „Times“ spricht von einer dramatischen Pause, die in einen wirklichen Frieden verwandelt werden könne. Die Verschlebung der Streikaktion bis Dienstag mitternacht bedeute einen endgültigen Schritt vorwärts. „Daily Herald“ ist der Meinung, sowohl das Kapital als auch die Bergarbeiter zögen es vor, den unvermeidlichen Kampf jetzt auszu-schleiten.

Inzwischen laufen Berichte ein, daß der Streikbeschluß bei den Arbeitern nicht allgemein Zustimmung findet. Ein Teil der Liverpooler Eisenbahner telegraphierte beispielsweise an Thomas, sie wollten nicht in den Ausstand treten und seien überzeugt, die ganze Streikbewegung sei auf ein bolschewistisches Manöver zurückzuführen, um in England die Revolution zu entfachen. Diese Eisenbahner erklärten, sie würden keine Aktion unterstützen, die England in Anarchie stürze und Deutschland zur Verminderung seiner Verantwortlichkeiten dienen könne. „Morning Post“ vermutet ebenfalls hinter der ganzen Bewegung bolschewistische Umtriebe. Das Blatt ist überzeugt, daß die Antwort auf den Appell des ersten Ministers an die Nation zur Unterstützung der Regierung überwältigend sein wird. „Daily Telegraph“ schreibt: Der dreifache Angriff wird und kann keinen Erfolg haben, wenn wir kaltes Blut bewahren und unsere Pflicht tun. „Times“ sagt in ihrem veröhnlich gehaltenen Leitartikel, die Regierung sei zu heftig vorgegangen. Die Bergwerkesbesitzer hätten zu große und zu plötzliche Lohnverminderungen gefordert. Die Mehrzahl der Bergarbeiter hätten nicht den Wunsch, Unmögliches zu fordern oder andere Teile der Nation einzuschüchtern. „Times“ tritt dafür ein, dem Wunsche des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter stattzugeben, wenn er darauf bestehen sollte, die Konfessionen bedingungslos wieder aufzunehmen, der Arbeiterdreibund habe seinen Friedensantrag gemacht.

Zeitungsverbote in Hamburg. Der Regierungskommissar Senator Henje hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung das Erscheinen auch der „Hamburger Warte“ verboten.

Die Rechtssozialisten erhielten 11,5 Millionen Stimmen. Moskale und Kapp kurierten viele gründlich von ihren demokratischen Illusionen.

Viele von denen, die gestern noch extrem demokratisch dachten, sind heute extrem putschistisch eingestellt. Die Kommunisten versichern all denen, die es gern hören und glauben wollen, daß sie imstande sind, mit einem Schlag aller Not ein Ende zu machen. Es lebe der Terror!

So mußte auf den November 1918 der Januar 1919, der März 1920 und der März 1921 folgen.

Die Sinnlosigkeit und die Gewissenlosigkeit, mit der der eben zusammengebrochene kommunistische Putsch von seinen Anstiftern betrieben wurde, trugen ebenso dazu bei, daß nicht einmal die kommunistischen Arbeiter in ihrer Gesamtheit den verrückten Putschparolen ihrer Führer folgten, wie die unermüdete Aufklärungsarbeit der unabhängigen Sozialdemokraten und deren feste, klare Haltung. Es entspricht nur der Manier politischer Wegelagerer, wenn die Verderber des Proletariats jetzt in einem wüsten Geschimpf auf die unabhängigen Sozialdemokraten ihre Verbrennen vergessen machen wollen. Wer seine fünf Sinne gesund erhalten hat, wird auf diesen Trick nicht hineinfallen. Wenn selbst Levi und Zetkin vor ihren puschlistischen Gesinnungsgenossen davonlaufen, wenn selbst überaus zahlreiche Mitglieder der kommunistischen Partei den Putsch nicht mitgemacht haben, so ist es blöde, auf andere Parteien zu schimpfen, die nie einen Zweifel darüber gelassen haben, daß sie im Traum nicht daran denken, politischen Analphabeten Kanonensutter zu liefern.

Wer aus dem bisherigen Verlauf der Revolution lernen will, kann lernen. Möchten endlich doch wenigstens die entscheidenden Schichten des Proletariats ihre Lehren vor allem auch aus dem letzten Kommunisten-Putsch ziehen.

Kommunistisch geht es ebensowenig wie rechtssozialistisch. Soll die Lebenshaltung der Massen durch Arbeitslosigkeit, durch Lohnkürzungen und durch Teuerung noch tiefer herabgedrückt werden? Sollen sich die Massen in unfruchtlichen Abenteuer verbluten?

Was an den unabhängigen Sozialdemokraten liegt, werden sie tun, um das Schlimmste zu verhüten. Die unabhängigen Sozialdemokraten rufen die Massen abermals auf, auf der ganzen Front geschlossen den Kampf zunächst gegen die Not der Arbeitslosen aufzunehmen. Hier handelt es sich um eine der brennendsten Fragen des gesamten Proletariats. Konzentrieren wir alle unsere Kräfte in der nächsten Zeit, um diese Aufgabe zu erfüllen. Gehen wir an diesen Tagesfragen vorüber, dann wären wir außerstande, um die Macht zu kämpfen. Die Aktionen zur Linderung der Arbeitslosigkeit müssen rasch und sicher und geschlossen durchgeführt werden. Dann werden die Massen gestärkt aus diesen Aktionen zu neuen Kämpfen um weitere Ziele schreiten können.

Die unabhängigen Sozialdemokraten haben sich neuerdings an die Gewerkschaften gewandt, damit sie ebenfalls ihre ganze Macht einsetzen, um endlich durchgreifende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit von den Regierungen und den Gemeinde-Verwaltungen zu erzwingen.

Soweit die Veröffentlichungen der verschiedenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen und einzelner ihrer Vertreter erkennen lassen, besteht in den hauptsächlichsten Grundfragen weitgehende Übereinstimmung. Das sind die Forderungen nach Arbeitsbeschaffung insbesondere durch Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten und des Wohnungsbau; das Verlangen nach allgemeiner Kürzung der Arbeitszeit, um Arbeitslose in die Betriebe zu bringen, und der Wunsch nach Maßnahmen für die Sicherung einer menschenwürdigen Lebenshaltung auch für Kurzarbeiter, und solche Arbeitslose, die trotz aller Bemühungen nicht sofort beschäftigt werden können. An einer gemeinsamen Plattform fehlt es also nicht. Sorgen wir dafür, daß das Wollen nicht fehlt und daß das Wollen zu Taten wird.

Doch darüber darf kein Proletariat im Unklaren gelassen werden, das letzte Ziel all dieser Aktionen, wie auch des Klassenkampfes überhaupt ist die Eroberung der Macht zur Verwirklichung des Sozialismus. Nur wer dieses letzte Ziel nie aus den Augen verliert, wird in allen Stürmen seinen Mann stellen und zu den Siegern von morgen gehören.

Gegen die Sondergerichte

Faule Kompromisse der Rechtssozialisten

Drahmeheldung unseres Korrespondenten.
Cassel, den 9. April 1921.

Im hiesigen Kommunal-Landtag kam es zu stürmischen Szenen anlässlich einer Rede des Genossen Pfaffenheim (U. S. P.), der einen Antrag einbrachte, der Kommunal-Landtag solle die Reichsregierung auffordern, sofort die Sondergerichte aufzuheben. Dem Genossen Pfaffenheim wurde nach drei Ordnungsrufen das Wort entzogen. — Der kommunistische Redner Reibeln-Hanau trat ebenfalls für die Aufhebung der außerordentlichen Gerichte ein, und schließlich wurde nach längerer Debatte eine Entschließung der rechtssozialistischen Fraktion angenommen, in welcher die Erwartung ausgesprochen wird, daß jedes Sondergericht durch erfahrene Laienrichter ergänzt, das Verfahren der Sondergerichte dem geltenden Strafverfahren angepaßt und eine Beschleunigung desselben nur durch verkürzte Fristen herbeigeführt wird.

Die Fraktion der U. S. P. D. hat im preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

Am 29. März d. J. wurden durch Verordnung des Reichspräsidenten Ebert aus Anlaß des kommunistischen Märzputsches außerordentliche Sondergerichte eingesetzt. — Nach Artikel 105 der Reichsverfassung ist die Eberische Verordnung völlig rechtswidrig und ungültig, da dieser Art vorzuziehene Ausnahmebestimmungen in der deutschen Republik an sich einen gesetzlichen Verstoß bedeuten. Sie würden den Angeklagten seinem gesetzlichen Richter entziehen. Auch würden dadurch für die Betroffenen alle wesentlichen prozessualen Rechtsgarantien beseitigt sein.

Tausende von Irregulären oder schuldlosen Arbeitern würden tatsächlich nach einem veralteten, rechts- und verfassungswidrigen Verfahren in allerhöchster Zeit abgeurteilt, Hunderte von Jahren an Gefängnis- und Zuchthausstrafen verhängt sein.

Ob das Staatsministerium daher bereit ist, die Reichsregierung dahingehend einzuwirken, daß die Aufhebung der geltenden Gesetze, Gesetz und Konstitution verneinenden Verordnung, sowie die Aufhebung der aus ihr resultierenden, gleichsam mittelalterlichen Gerichtskenntnisse mit größter Beschleunigung bewirkt wird?

Ob das Staatsministerium ferner bereit ist, die Reichsregierung so einzuwirken, daß folgende auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen, den Belagerungszustand betreffend, außer Kraft gesetzt werden:

1. vom 24. und 26. März 1921 für den Bezirk Kreis Hamburg,
2. vom 24. März 1921 für die Provinz Sachsen,
3. vom 29. März 1921 für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen und Münster.

Ob das Staatsministerium schließlich bereit ist, den berichtigten Sachverhalt des früheren preussischen Ministers Wolfgang Heine rektlos aufzuheben, nachdem der Erlaß vor kurzem noch ein blutiges Opfer in der Person des Obermaschinenführers Sült gefordert hat?

Zuchthausurteile

Hagen, 9. April.

Die „Hagener Zeitung“ meldet: Vor dem hiesigen außerordentlichen Gericht zur Aburteilung der beim Kommunistenputsch im hiesigen Gerichtsbezirk verübten Verbrechen und Vergehen, wurde gestern in 5 1/2 Stunden Verhandlung das Urteil über 9 Angeklagte gefällt. Das Gericht erkannte bei 2 Angeklagten auf 4 Jahre Zuchthaus, bei 1 Angeklagten auf 2 Jahre 9 Monate Zuchthaus, gegen einen weiteren auf 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen die übrigen Angeklagten auf 2 Jahre Gefängnis.

Zweiterlei Maß

Der „demokratische“ Reichswehrminister Geßler hat am 1. April eine Verfügung erlassen, die den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an politischen Versammlungen und politischen Vereinen verbietet. Zu den Vereinen zählt er sämtliche Organisationen der politischen Parteien, den Nationalverband deutscher Offiziere, den Verband nationalgesinnter Soldaten, den Republikanischen Führerbund und die Offiziersvereine. Die deutsche Offiziersvereine sind auffälligerweise unter diesen Vereinen.

Herr Geßler will mit seiner Verordnung der Ausführung des § 36 des Reichswehrgesetzes dienen. Dieser Paragraph verbietet den Reichswehrangehörigen aber nur die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen. Ein politischer Verein ist aber nach der ständigen Auslegung nur ein solcher, deren Leitungsmöglichkeit Hauptzweck die politische Betätigung ist. Vereine, die wegen wirtschaftlicher Zwecke eine politische Einwirkung ausüben dürfen, sind deshalb nie als politische Vereinigungen im Sinne des § 36 eingesehen worden. Davon weicht Herr Geßler nun ausdrücklich ab, indem er unter Beiseiteziehung des § 37 des Reichswehrgesetzes, der den Reichswehrangehörigen die wirtschaftliche Koalitionsfreiheit ausdrücklich zubilligt, sie ihnen jetzt nimmt. Der Republikanische Führerbund, zu dem die Mitgliedschaft verboten wird, ist unseres Erachtens genau so eine wirtschaftliche Organisation wie der Deutsche Offiziersbund, zu dem die Mitgliedschaft völlig unbehelligt bleibt.

So wird denn die Wirkung des Geßlerschen Erlasses eine neue Stärkung der monarchistischen Propaganda in der Reichswehr sein. Zweifelloso kann Herr Geßler für sich mildernde Umstände beanspruchen. Denn seine frühere Tätigkeit hat ja bereits den Beweis geliefert, daß man ihn für die Taten des Wehrministeriums nicht voll verantwortlich machen kann.

Der Krieg in Kleinasien

Die griechische Niederlage in Kleinasien hat sich in vollem Umfange befähigt. Trotzdem wird von griechischer Seite behauptet, daß der Kampf für die nationalen Ziele mit unvermindelter Kraft fortgesetzt werde. Die Eingliederung neuer Jahrgänge ist bereits erfolgt. Auch das griechische Kabinett wird umgebildet. So meldet der Wiener Berichterstatter der „Times“, daß Kalligoropoulos zurückgetreten ist und durch Sunaris ersetzt wird. Die übrigen Mitglieder der Regierung bleiben in Amte, jedoch erhalten die Politiker Stais, Terzitis, Kartalakis und Kallikis vier weitere Portefeuilles.

Aus Angora, dem Sitz der türkischen Nationalisten, wird gemeldet, daß die Nationalversammlung einen Kredit von 8 Millionen türkischen Pfund für militärische Bedürfnisse bewilligt hat. General Rasit Pascha hat seine Entlassung als Kommandant beim Ministerium des Innern eingereicht, um sich ganz dem Oberbefehl der 10. Division widmen zu können. Man glaubt, daß die Nationalversammlung ohne Vorbehalt dem Abkommen Sami Beys mit Frankreich und Italien zustimmen wird, daß aber die Entscheidungen von London über Smyrna und Thrazien abgelehnt werden. Das russisch-türkische Abkommen soll von der Nationalversammlung von Angora angenommen worden sein.

Das Abkommen Sami Beys mit Frankreich bezieht sich auf Cilicien. Für dieses Gebiet hat Frankreich mit den türkischen Nationalisten einen Sonderfrieden geschlossen, der es den Kemalisten ermöglichte, beträchtliche Truppenmassen an die griechische Front zu werfen. Ein ähnliches Abkommen wurde mit Italien über dessen Einflussphäre getroffen. Daß die Londoner Entscheidung über Smyrna und Thrazien von der Angoraner Nationalversammlung abgelehnt werden würde, schien ziemlich sicher, besonders nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten durch die Griechen. Diese Londoner Entscheidung ist übrigens jetzt auch dadurch hinfällig geworden, daß die Frist von 30 Tagen, die beiden Parteien für ihre Antwort auf diesen Vorschlag gestellt wurde, abgelaufen ist.

Griechen und Türken werden sich aber noch eine zeitlang die Köpfe blutig schlagen, bis es der Entente von neuem gefallen wird, sich der Orientfrage anzunehmen. Gehen die Dinge in Kleinasien weiter militärisch ungünstig für die Griechen, so kann das dem Cäsarenkönig Konstantin zum zweitenmal seinen Thron kosten.

Da nun wieder einmal Krieg geführt wird, sei eine Schutzfrage erlaubt: Wo bleibt der Völkerbund?

Steuerermäßigung in Oesterreich. Der Finanzausschuß nahm in seiner Sitzung vom 8. April eine von allen drei Parteien gemeinsam beantragte Novelle zum Einkommensteuergesetz an, wonach mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung die Steuer bis zu einem Einkommen von 500 000 Kronen herabgesetzt wird und Einkommen unter 30 000 Kronen freibleiben. Die höheren Einkommen bleiben von dieser Novelle praktisch unberührt.

Vater und Tochter

Ein sozialistisches Gespräch

Von Anatole France.

„Wir werden alle glücklich sein, Papa!“
„Nein, das göttliche Mittel, das die Schönheit der Seele ist, würde endigen, wenn das Leid den Endigte. Das wird niemals sein. Moralische und körperliche Uebel, unaufhörlich bekämpft, wird sich unaufhörlich mit dem Glück und der Freude in die Herrschaft der Welt teilen — so wie die Nächte den Tagen folgen. Das Uebel ist notwendig. Wie das Gute hat es seinen Ursprung tief in der Natur; das eine könnte nicht ohne das andere bestehen.“

Wir sind nur glücklich, weil wir unglücklich sind. Der Schmerz ist der Bruder der Freude. Der Atem dieser Zustimmung haucht über die Seiten der Harfe und läßt alle harmonisch erklingen. Wenn nur der Atem des Glücks über sie hinhauchte, würden sie einen immergleichen, ermüdenden Klang geben — wie den des Schweigens. Aber die unvermeidlichen Uebel, jene Uebel, die zugleich gemein und erhaben sind und aus dem Zustand der Menschheit hervorgehen, sollen nicht um jene künstlichen Uebel vermehrt werden, die aus dem Zustand unserer Gesellschaft hervorgehen. Der Mensch wird nicht mehr von ungeschöner Arbeit, die ihn eher sterben als leben läßt, entlastet werden. Der Sklave wird das Glanzhaus verlassen und die Kabinett wird nicht länger die Körper der Millionen verzehren.

Diese Bestrelung erwarde ich von der Maschine selbst. Die Maschine, die so viele Menschen zermalmt, wird zart und hochherzig herbeikommt, um dem menschlichen Fleische sanft zu helfen. Die Maschine, erst grausam und rauh, wird dann gütig, verständnisvoll und freundlich sein. Wie wird sie ihren Geist verwandeln? Höre! Der Funke, der aus der Leinwand flackert, bringt, der kleine, seine Stern, der sich im letzten Jahrhundert dem kauernden Philosophen offenbarte, wird dieses Wunder vollbringen. Das Unbekannte, das sich selbst besiegen ließ, ohne sich dadurch zum Bekannten machen zu lassen, die geheimnisvolle, eingefangene Kraft, das Unerklärliche, dessen unsere Hände Besitz ergreifen, der schmale Blick, auf Flächen gezogen und in die ungezählten Drähte entladen, deren Reizwerk die Welt bedeckt — die Elektrizität: sie wird der Maschine ihre Kraft leihen, ihre Hilfe, wo immer sie gebraucht wird, in den Häusern und Räumen, im Heim, wo Vater, Mutter und Kinder nun nicht länger getrennt sind. Das ist kein Traum! Die Rare Maschine, die in der Fabrik Körper und Seele des Menschen häutet und zerrütet, sie wird im Hause dienstbar sein, zur Familie gehören, heimlich werden. Aber es ist zu nichts nütze, zu gar nichts nütze, die Scheide, Kloben, Verbindungsstange,

Kurbeln und Schwungräder zu vernünftlichen, wenn der Mensch selbst ein Herz von Eisen behält.

Wir schauen nach einer noch wunderbarer Verwandlung aus, wir rufen nach ihr. Was sagt der Arbeitgeber heute? Er sagt, daß er der denkende Geist sei und daß ohne ihn die Arme der Arbeiter wie ein Körper wäre, der des Verstandes beraubt wurde. Nun, wohlja, wenn er der Geist ist, dann läßt ihn an seiner Ehre und Freude genug haben! Braucht sich ein Mensch mit Wohlstand zu überfüttern, weil er der Geist ist, der denkt? Als der große Bildhauer Donatello mit seinen Genossen eine Kronzeitsatze goß, war er die Seele des Wertes. Das Geld, das er vom Fürsten erhielt, verwendete er, um es in einen Korb zu legen, der durch eine Rolle auf einen Tragbalken der Werkstätte geschleudert wurde. Jeder der Genossen streifte, wenn die Reihe an ihm war, das Geld vom Korb und nahm vom Gelde, soviel er nötig hatte. Liegt denn in der Arbeit, die durch den Verstand eines Menschen geschieht, nicht Freude genug und besetzt dieser Vorteil den Meister-Arbeiter etwa davon, den Gewinn mit seinem geringen Mit-Arbeiter zu teilen? Sieh, in meiner Republik wird es keinen Gewinn und keinen Lohn geben — und alles wird uns gehören!“

„Papa, das ist ja Sozialismus!“ sagte Pauline erregt.
„Die wertvollsten Dinge“, antwortete ihr Vater, Herr Bergeret, „gehören der ganzen Menschheit und haben immer ihr gehört. Nicht und Lust gehören allem, was da lebt und den Tag sieht, gemeinsam. Ja, was Selbstlicht und Helligkeit in Jahrhunderten zusammenbrachten, was die heftige Anstrengung Einzelner vermochte, um Schätze zu ergreifen und zu behalten und all der private Wohlstand, dessen die reichsten unter uns genießen — es sind Kleinigkeiten im Vergleich zu dem, was allen Menschen ohne Unterschied angehört. Siehst du nicht, selbst in unserer eigenen Gesellschaft, daß die angenehmsten und herrlichsten Dinge: Ströme, Flüsse und Wälder, die einst wie Privatbesitzungen und Museen der Könige waren, allen gehören? Diese alte Eiche im Wald von Fontainebleau oder jenes Bild im Museum besitzt kein Reicher mehr als ich. Ja, sie sind mehr mein als des Reichen, wenn ich sie besser zu genießen weiß. Das gemeinsame Eigentum, das die Menschen wie ein ferne Ungeheuer fürchten, umgibt uns stetig, wenn auch unter wenig vertrauten Formen. Es beunruhigt, wenn du es ausprüchst; indessen — man bedient sich stetig der Vorteile, die es gewährt.“

Das „Neuwerk“, Glogau.

Ernst von Postart, einer der bekanntesten und erfolgreichsten Schauspieler der alten Schule, ist in Berlin, fast 80-jährig, gestorben. In der Theatergeschichte wird er vor allem leben als Mitbegründer des Deutschen Theaters in Berlin und des Prinzregenten-Theaters in München.

Frauenkursus der Helmschule in Schloß Tinz. Der zweite Kursus für Mädchen und Frauen beginnt am 15. August d. J. und ist auf 4 Monate bis zum 15. Dezember berechnet. Aufnahme finden Mädchen und Frauen im Alter von 18—30 Jahren. Voraussetzung ist eine gute Volksschulbildung, denn mit der Verbesserung von Grundfertigkeiten: Lesen, Schreiben und Rechnen usw. kann sich der Unterricht in der Volkshochschule nicht befassen. Der Lehrplan umfaßt die Hauptgebiete: Entwicklung in Natur und Gesellschaft, Volkswirtschaft, Geographie, Völkerverständnis, Berufslehren, Sprachkunde, Literatur- und Kunstgeschichte, Philosophie, Sozialismus, Gesundheitspflege, Erziehungslehre, Säuglingspflege. Außerdem finden belehrende Ausflüge in die Natur und Besichtigungen wichtiger Betriebe landwirtschaftlicher, gärtnerischer und industrieller Art statt.

Die Schülerinnen erhalten im Volkshochschulheim Kost und Wohnung. Der Beitrag zum Kostgeld beträgt monatlich 120 M. Bewerbungen schreiben mit einem selbstverfaßten kurzen Lebenslauf bis zum 1. Juni d. J. an die Schulleitung einzuliefern. Es ist vor allem auch Sache der Frauennorganisationen in den Gewerkschaften, sich damit zu befassen, daß für die Beschickung der Schule gesorgt wird.

Eine sichere Grundlage zu einer gründlichen Kenntnis der wichtigsten Entwicklungsgeetze in der Natur und im Menschenleben ist für das heranwachsende weibliche Geschlecht von großer Bedeutung. In einer vier Monate dauernden Unterrichtszeit kann natürlich nur Allerwichtigstes gegeben werden; der große Gewinn für die Teilnehmerinnen wird aber der sein, daß sie neben einer Summe von Kenntnissen, die sie erwerben, erwerd, gefördert und angeregt werden zu weiterer Arbeit an sich selbst.

Ausstellung der „Freien Jugend“. Die „Freie Jugend“ zeigt in ihrem Raume, Petersburger Straße 34, die verdienstvollen Ausstellungen proletarischer Maler und Zeichner fort. Gerade die letzte Ausstellung enthält sehr interessantes und zum Teil recht erzeuliches Material, das doch viel mehr beachtet werden sollte.

Arbeiten Otto Nagels sind wir schon früher mehrfach begegnet. Es ist eine Freude, zu sehen, wie gesund und sicher er sich entwickelt. Unter den neuen Pastellen und Aquarellen sind einige reizend lebenswichtige Blätter. — Ein feines rhytmisches Gefühl hebt die einfachen, durchdringenden Zeichnungen Walter Lehmanns über das üblich deskriptive — das leider in der Ausstellung keinesfalls fehlt — weit hinaus. Ich bin sehr gespannt, was sich aus diesen ersten Arbeiten entwickeln wird. — Die Zeichnungen Eismeyers verraten eine erstaunliche Kraft. Ob ihm der Besuch der Kurse an der Kunstschule R. Erdmann, die hier eine ganze Reihe von Schülerarbeiten ausstellt, wirklich nützlich gewesen ist, das ist sehr schwer zu entscheiden. In früheren Dingen hat Eismeyer sicher sehr viel gelernt — aber ist er nicht

Das Ende des Habsburgerputsches

Aus Wien wird uns geschrieben:

Nach fast zehnjähriger Dauer ist der Spul des Habsburgerputsches vorbeigegangen, die jugoslawischen Truppen und die tschechischen Kischingengewehre haben den klaglichen Abenteuer aus Ungarn für diesmal ausgeräuchert. Obwohl Ungarns Volk durch und durch republikanisch gestimmt ist und obwohl die großen Mächte der Entente einmütig platonische Erklärungen gegen die Rückkehr der Habsburger nach Ungarn abgegeben haben, wäre ohne die Drohung mit militärischer Intervention seitens Jugoslawiens und der Tschechoslowakei heute Karl Habsburg der Herr in Ungarn.

Der Wille des ungarischen Volkes, nicht nur des Proletariats, wird durch die ungeschmälerte Herrschaft des Terrors niedergebunden; das Entente-militär, nicht nur in Budapest und Paris, hatte die Hand im Spiele, und Karl wurde zum mutigen Zugreifen von Generalen ermutigt, die nicht weit von Joch sahen. Der Habsburger wurde zwar nach Budapest geschickt, aber sein und seiner Auftraggeber eigentliches Respektziel war Wien. Den Anschlag Österreichs an Deutschland für immer unmöglich zu machen, indem man es an Ungarn anschließt — das war das weltpolitische Motiv dieser frühlichen Osterfahrt; die Besorgnis, daß Österreich diesen deutschen Versuch einmal doch durchführt, und die Sorge, was mit der lebensunfähigen österreichischen Wirtschaft geschehen soll, verstärkten bei den Imperialisten die Sympathien für Habsburgs Sache.

Die Gefahr einer monarchistischen, sogar einer habsburgischen Restauration ist aber mit diesem Ausgang der Angelegenheit nicht gebannt. Horthy hat zwar auf den Befehl der tschechischen und jugoslawischen Regierungen seinen „angestammten König“ abgehoben und sich damit den Anstoß gegeben, daß er ein Element der Ordnung des Donaubereichs sei. Dies ist aber ein falscher Schein. Ohne die Drohung mit der bewaffneten Intervention hätte Horthy die Macht vom Habsburger sofort übergeben, und in dem Augenblick, wo diese Staaten abräumen wollten, sieht der Habsburger in der Cerner Königsgewalt, Karl wurde von der ungarischen Regierung nach Hause geschickt, aber dieselben Minister, die ihn abhoben, bezeichnen sich heute wie gestern als die Minister des Königs. Die Gerichte hätten ihn aburteilen müssen, wenn er geblieben wäre, aber dieselben Gerichte verurteilten ihre Statuten im Namen des abgeschobenen Königs. Der König darf nicht im Lande bleiben, aber das Land wird von Horthy als ein Königreich Karls bezeichnet. Dies charakterisiert am besten die verlogene und mehr als zweideutige Lösung, die jetzt herbeigeführt wurde. Die Habsburgischen Räte und die monarchistischen Intrigen werden weiter ungehindert ihren Lauf nehmen. Solange die Horthyarmee nicht abgerückt und entwaffnet ist und der auf dem Proletariat lastende Druck dadurch nicht gebrochen wird, ist die Gefahr des monarchistischen Putschs immer vorhanden.

Die Königsfrage in Ungarn ist ein Teil des Klassenkampfes, der zwischen Aristokratie, Hochklerus und Offizierskamarilla auf der einen Seite und den begüterten Bauern auf der anderen Seite geführt wird. Da der Terror jede freie politische Betätigung unmöglich macht und das Proletariat durch die Schreckensherrschaft aus dem politischen Leben ausgeschaltet ist, spielt sich dieser Kampf als ein Gruppentkampf zwischen durch die Konturrevolution zur Macht gelangten Schichten ab, dem jede Größe und geschichtliche Bedeutung fehlt. Habsburg — ist der Kampfspruch der Aristokratie und ihrer Verbündeten. Die freie Königswahl — ist die Parole der Bauernpartei und auch derjenigen, die zwar Republikaner sind, aber nicht den Mut aufbringen, sich als solche zu bekennen.

Innenpolitisch betrachtet, liegt die Bedeutung des mißlungenen Putschs nicht in der Abfahrt des Habsburgers, sondern in der politischen Niederlage der Aristokratie und in der Zuspitzung der Gegensätze zwischen diesen konturrevolutionären Gruppen. Schon drohen die journalistischen Klopfschreier der Aristokratie, daß sie die Gruel des weißen Terrors und die Kulturheberschaft Horthys an ihnen enthallen werden! Vorläufig aber hat der Ausgang des Abenteurers Horthys Stellung in der Welt gefestigt, im Innern eine Annäherung an die anschlagentende Macht des gegenrevolutionären Ungarn, an die Bauernpartei zustande gebracht, womit auch dargetan ist, daß dieser Ausgang zwar eine Niederlage der Habsburgischen Tölpel der

vielleicht von seiner besten Eigenständigkeit abgedrückt worden? Seine bravourösen Akte könnten von einem sehr begabten Akademiker sein, aus dem deshalb noch längst nichts werden möchte. Ich ziehe jedenfalls seine ursprünglichen Arbeiten weit vor.

Es liegt in der Frage der Ausbildung ein sehr wichtiges Problem. Und es wäre, glaube ich, für seine Erkenntnis sehr wertvoll, wenn einmal Hans Baluschek sich entschließen könnte, das Material seiner Arbeiterkurse an der Groß-Berliner Volkshochschule in dem ganzen Umfange — vielleicht an dieser Stelle — vorzulegen, damit man einen Einblick gewinnt, wie sich jeder einzelne Teilnehmer von Blatt zu Blatt entwickelt, d. h. wie die Unterweisung auf die ursprüngliche Begabung einwirkt. Nachdem die vollstämmige Kunstpflege auf allen bisherigen Gebieten doch nur ziemlich fragwürdige Resultate erzielt hat, dürfen wir unter keinen Umständen die Arbeit in der bisherigen Form unbesehen auch auf das Gebiet von Proletariatskursen ausdehnen. Diese Sache ist so wichtig, daß wir uns erst sehr viel klarer werden sollten über Berechtigung, Notwendigkeit, Möglichkeiten und Methoden, ehe wir losarbeiten. Die Räume der „Freien Jugend“ könnten sehr gut das ständige Zentrum für diese Arbeit sein. — Unter den weiteren Ausstellern festelten mich Erich Probst, Werner Albrecht, Willi Meier, Otto Schubert und Albert Hennig.

Adolf Behne

Von wilden Elefanten überfallen. Eine Herde wilder Elefanten hat kürzlich eine Eisenbahnstation überfallen und dort das furchtbare Entsetzen hervorgerufen. Der Stationsvorsteher des kleinen Dorfes Ager Hiam in den Wäldern von Panang im Malakischen Archipel hörte plötzlich ein lautes Trompeten hinter seinem Hause. Als er heraus sah, bemerkte er eine Anzahl von wilden Elefanten, die in seine Küche eindringen. Sie zerstörten ihm das ganze Haus, indem sie mit der Gewalt ihrer Leiber die Wände niederrissen und legten ihre Vernichtungswerk in den nahegelegenen Arbeiterhäusern fort. Die Arbeiter kletterten voller Angst auf die Dächer, aber die Elefanten folgten ihnen und traten dabei ein eisernes Gitter nieder, wie wenn es ein Zaun aus Strohholz wäre. Ein Elefant ergriff eine große Brückenwaage und wollte sie zum Andenken mit fort schleppen; als sie ihm aber zu schwer war, warf er sie auf die Schienen. Ein anderes Tier fiel in einen Brunnen und hatte sich so gefangen. Der Stationsvorsteher telegraphierte um Hilfe, aber bevor diese anlangte, war die wilde Herde, nachdem sie alles in Grund und Boden zerstört hatte, bereits wieder in den Wäldern verschwunden.

Die höchst interessante Geschichte. In London ist kürzlich bei einer Versteigerung ein lange verschollenes Bildnis wieder aufgetaucht, das der Berliner Museumsdirektor Wagen zuerst in einer englischen Privatammlung, um 1850, beschrieb. Hinter einer Leinwand, auf dunklem Grunde, erschien da ein Kopf von ungeheurer Wildheit, mit einer Oberlippe, die länger ist als die Nase, einem allen Affen ähnlicher als einem Menschen, mit flackernder Gasse, in praktischer, fürstlicher Gewandung nach mittelalterlicher Mode, in rotem Kleide, das ganz

Konturrevolution, nicht aber der ungarischen Konturrevolution an sich ist. Man muß im Gegenteil mit einer Verschärfung des Terrors rechnen.

Der ungeliebte Gast

Karl von Habsburg, der nach seiner mißglückten Spazierfahrt nach Ungarn wieder nach der Schweiz zurückgekehrt ist, hat die schweizerische Regierung in Unannehmlichkeiten gebracht. Sie trachtet, den ungeliebten Gast loszuwerden. Zwar sind zwei Vertreter der ungarischen Regierung in Bern eingetroffen, um mit dem Bundesrat Besprechungen abzuhalten über die weitere Unterbringung Karls in der Schweiz; trotzdem hat der Bundesrat den Erklarer wissen lassen, es sei wünschenswert, wenn er seinen Wohnsitz außerhalb der Schweiz nehme. Der Aufenthalt in der Schweiz ist daher nur vorübergehend.

Der Rat der Vier

Es ist allgemein bekannt, daß der frühere Präsident Wilson auf der Pariser Friedenskonferenz und besonders im Rat der Vier (Clemenceau, Lloyd George, Orlando, Wilson) eine wenig charaktervolle Rolle spielte. Er wurde von dem unbeeuglichen Clemenceau und dem gewandten Lloyd George nach allen Regeln der Kunst bearbeitet, bis von seinen 14 Punkten nichts mehr übrig blieb. Interessante Einblicke in die Tätigkeit des Rates der Vier und die Stellung Wilsons in diesem Kreise brachten Veröffentlichungen des früheren amerikanischen Staatssekretärs des Auswärtigen Lansing, der ebenfalls an der Pariser Friedenskonferenz teilnahm. Seine Veröffentlichungen bestätigen dieses offene Geheimnis und geben ein anschauliches Bild von der Art und Weise, wie auf der Pariser Friedenskonferenz Länder und Völker verteilt und die materiellen Interessen der Alliierten in den sicheren Hafen gebracht wurden. Diese Mitteilungen werden erneut bestätigt durch Stephane Lausanne, den Berichterstatter des Pariser „Matin“. Dieser funkt seinem Blatte aus New York über die Note der amerikanischen Regierung an die Alliierten:

„Um die Note der amerikanischen Regierung gut zu verstehen, müsse man den Geist des Staatssekretärs Hughes kennen und wissen, daß die republikanische amerikanische Regierung Clemenceau und Lloyd George anfrage, gegenüber dem unglücklichen Präsidenten Wilson ein Verfahren angewendet zu haben, das Staatsmänner wenig würdig sei. Es handele sich um die Frage der Verteilung der deutschen Inseln im Stillen Ozean. Am 7. Mai 1919 habe der Rat der Vier diese Frage behandelt. Es sei der Vorschlag gemacht worden, einige dieser Inseln Japan zuzusprechen. Wilson habe sich an der Entscheidung nicht beteiligt, sondern einfach gesagt: Ich werde sehen. Am gleichen Abend habe man ihm unter 200-300 Schriftstücken durch das Sekretariat der Konferenz ein Schriftstück übermittelt, das Japan nicht einlege, sondern alle Inseln zusprach. In diesem Buß von Papieren habe Wilson nicht auf dieses wichtige Schriftstück geachtet und es einfach beiseite geschoben. Er habe es niemals unterzeichnet, so daß der Staatssekretär der Ansicht sei, die einzige Folgerung hieraus sei, daß die Entscheidung mitgeteilt, aber darauf keine Antwort zurückgegangen sei. Dieses könnte einer Zustimmung nicht gleichgehalten werden. Die amerikanischen Demokraten urteilen über dieses Vorgehen wie die Republikaner. Staatssekretär Hughes spreche davon in Ausdrücken, die man nicht nachsichtig nennen könne. Er verurteile ebenso den Völkerrat wie den Völkerrundrat. Er habe ihm (Stephane Lausanne) vorige Woche als seine Auffassung auseinandergesetzt, in bezug auf die Kabel und sonstige Verkehrsmittel und Naturreichtümer dürfte es für niemandem Bevorzugungen geben. Hier müsse die Tür im allgemeinen Interesse allen offen bleiben.“

Fleischpreisherabsetzung in Paris. Infolge der Drohung des Unterstaatssekretärs für Ernährung, gegen die Fleischer mit schärfsten Strafmaßnahmen vorzugehen, haben diese die Fleischpreise in Paris durchschnittlich um 20-25 v. H. herabgesetzt.

Ein kommunistisches Abendblatt in Paris. Seit Freitag abend erscheint in Paris ein neues kommunistisches Abendblatt „L'Internationale“, das als eine Abendausgabe der „Humanité“ angesehen werden kann.

in einer großen Schlafkammer. Die Frau ist sehr tief dekolletiert, obwohl ihr Hals den Verfall des Alters nicht weniger zeigt als das Gesicht. Waagen erklärte das Bild mit Recht für eine Arbeit des Malers, des großen Antwerpener Renaissance-malers, und dachte dabei an Karikaturen in der Art von Leonardo. Inzwischen ist die Zeichnung zu dem Bilde Windsor gesunden worden und es konnte festgestellt werden, daß die Tiroler Herzogin Margarete Maulatsch dargestellt ist, die schon bei Begehren als die höchstste Frau galt. Die reiche Erbtöchter des Herzogs von Kärnten und Tirol, wurde sie 1580 mit dem erst 13jährigen Bruders Karls IV. vermählt. Nach elf Jahren aber wurde er aus dem Lande vertrieben. Doch schon im nächsten Jahre heiratete sie wieder, den Sohn Kaiser Ludwigs von Bayern, Ludwig von Brandenburg, 1583 überließ sie nach dem Tode ihres Mannes und ihres Sohnes Tirol den Herzögen von Österreich und ist dann in Wien gestorben. Seitdem ist Tirol mit Österreich verbunden. Die Volksgeschichte hat aus dem höchsten Weib auf dem Thron, deren Liebesdrang verrufen war, eine zerstörungswichtige Amazone, die „böse Greis“, gemacht.

Tages-Notizen

Volkshochschule Groß-Berlin, Arbeitsstätte Charlottenburg. Am 1. April sind die städtischen „Volkshochschulen“ infolge der Eingemeindung der Bezirke der Volkshochschule Groß-Berlin als Arbeitsstätte Charlottenburg angegliedert worden. Charlottenburg hat sich hinsichtlich der Kurse, der Dozenten usw. insbesondere Rechte vorbehalten. Ein in Richtung begriffener Bezirksauswahlschuss wird auf die Angelegenheit einwirken. Die Vorkurse mit Deutsch und Rechnen werden selbständige Unternehmungen des Bezirks 7. Die Arbeit der Arbeitsstätte angegliedert und beginnen Montag, 11. April. Die Vorstellungen beginnen Sonntag, 20. April. Besichtigungen für alle Veranstaltungen ist das Schillerrealgymnasium, Schillerstr. 24. Geschäftsstelle als Arbeitsstätte, Müllerstr. 50, in der Kaulstraße 10, 1. Oberetage, Erbe- und Glasarbeiten ausgegeben werden.

Proletarisches Theater. Sonntag, den 10. April, 7 1/2 Uhr nachmittags, Knebel im Reigen-Theater, Badstraße 28, eine Aufführung von Franz Jung's Schauspiel in vier Akten „Die Kanaker“ hat. — Die folgenden Aufführungen sind: 17. April, 7 1/2 Uhr, Volkstheater, 24. April, 7 1/2 Uhr, kleiner Saal der Allmählichen Hilfe, Helmholtzstr. 13. Zur Aufführung sind ferner zu erwarten: „Die Waise des Tschingel“, eine Hanswurstkomödie von Janer; „Die Waise“, Schauspiel von Anton Sinsheimer; „Judas“, Arbeiterdrama von Carl Käpplan.

Erkennungsreisen. Kammerplätze, Dienstag, 12. April, — Leistungstheater, Donnerstag: Der Morgen des Mittelalters. — 24. a. Kellenbergsplatz, Freitag: Weiter aus Dingsda. — Kreuzbergstr. 14, Sonnabend: Nacht Bernd. — Kolitz, Sonnabend: Tote Köpfe.

Die Arbeiter-Kundensammlung Feinburger Str. 30, 1. Et., veranstaltet in ihren Räumen Montag, 7 1/2 Uhr, einen literarischen Vortragabend: Dichtungen von Gertraude Bast, gesprochen von Carl Friedrich und der Dichterin selbst.

Musikveranstaltungen. Durch die Erhebung von Eintrittsgeldern in den Kellern werden die Konzertsitzungen nicht berührt. Sie finden noch wie vor unentgeltlich statt.

Deutscher Arbeiter-Sänger-Bund. Dienstag, 12. April, 7 1/2 Uhr, Kreuzberg, Die Jahreszeiten von Hugo. Mittwoch, 13. April, 7 1/2 Uhr, Schillerstr. 13, Knebel im Reigen-Theater, Badstraße 28, eine Aufführung von Franz Jung's Schauspiel in vier Akten „Die Kanaker“ hat. — Die folgenden Aufführungen sind: 17. April, 7 1/2 Uhr, Volkstheater, 24. April, 7 1/2 Uhr, kleiner Saal der Allmählichen Hilfe, Helmholtzstr. 13. Zur Aufführung sind ferner zu erwarten: „Die Waise des Tschingel“, eine Hanswurstkomödie von Janer; „Die Waise“, Schauspiel von Anton Sinsheimer; „Judas“, Arbeiterdrama von Carl Käpplan.

Groß-Berlin

Ein altpreussisches Schulidyll

In Nr. 46 der „Freiheit“, vom 28. Januar d. J., gaben wir einen Bericht über rüchliche Schulverhältnisse in dem Dorfe Mönchwinkel-Spreau wieder. Obwohl sich der Elternrat wiederholt beschwerdeführend an alle Stellen gewandt hat, ist zur Beseitigung der Mißstände nicht das mindeste getan worden. Der Lehrer, der die Kinder für sich arbeiten läßt, statt sie zu unterrichten, hat sich von der Ernterzeit eine Ehrentätigkeit über seine Fähigkeiten ausstellen lassen, und dies Blatt bringt außerdem noch allerlei Unwahres über den Elternrat. Dieser teilt uns noch einmal von dieser Schule folgendes mit:

„Der dritte Teil der Kinder über 12 Jahre kann nicht lesen und schreiben — dem Provinzial-Schulkollegium sind die Kinder namhaft gemacht worden. Sie würden in jeder städtischen Schule nicht verkehrt werden, wenn sie die Prüfung vom Uebergang zur niedrigsten in die zweitniedrigste Klasse machen sollten. Zu Eltern verlassen von sechs Konfirmanden wieder zwei völlig des Lesens und Schreibens Unkundige die Schule.“

Der Lehrer ist ein rechter Schulmeister der alten Schule, der sich bei angeregten Neuerungen ablehnend auf die Verordnungen von 1873 beruft; er unterrichtet z. B. Naturkunde — nach Tafeln, wo die Kinder rings von Wald und Wiesen, Blumen und Vögeln umgeben sind. Der „Unterricht im Freien“ besteht während des Sommers und Herbstes im Pflücken für den Wintergebrauch des Lehrers! Die schlechten Bildungsergebnisse, die bei den Kindern erreicht werden, sind um so unerhörter, als es sich um eine kleine Schule handelt; es sind im ganzen nicht einmal 30 Schulkinder vorhanden.

Hat der Lehrer wirklich das Recht, im Amte zu bleiben, bis er die höchste Pension erhält, auch wenn er seine Pflichten nicht erfüllt?

Die revolvierenden Beamten drücken beide Augen zu, fragen meist die Kinder, die schon einmal eine andere Schule besucht haben und lassen sich lange präparierte Lesefrühe vorlesen. Warum wird nicht einmal ein vorurteilsloser Revisor hergeschickt, der die Wahrheit sehen will und den Elternrat mit hinzuzieht?

Es ist eine Kulturhandlung für eine Republik, die seit zwei Jahren einen sozialistischen Kultusminister hat. Wir wissen sehr wohl, daß Herr Hänisch nicht über jede einzelne Schule unterrichtet sein kann. Aber warum bringen die Beschwerden des Elternrats nicht bis zu ihm? Warum rührt sich das Provinzial-Schulkollegium nicht? Warum ist auf die Ende Januar erfolgte erste Veröffentlichung nichts geschehen?

Das Wort hat nun Herr Hänisch.

Folgen des Mieterstreiks

Wie nicht anders zu erwarten war, hat der planlos eingeleitete, sogenannte Streik der Mieter, nur ganz geringe Kreise zu erfassen gewußt. Was wir bereits neulich zum Ausdruck gebracht haben, ist eingetreten: die großen wirtschaftlichen Gegensätze, die unter den Mietern selber bestehen, haben sich als das stärkste Hemmnis erwiesen, eine Aktion zur Beseitigung der Wohnungsnot und zur Beseitigung des Wohnungsmangels auf dem Wege eines Mieterstreiks aus der Welt zu schaffen. Eine Zuschrift der Zentral-Streikleitung des Berliner Mieterverbandes stellt das selbst ausdrücklich fest. Sie berichtet ferner über die unangenehmen Folgen, die die Beteiligung an den Streik für die Streikenden gehabt habe. So sei u. a. die Herausgabe der Lebensmittelkarten verweigert und den Mietern gedroht worden, sie am 1. Mai auf die Straße zu setzen. In anderen Fällen ist das Wasser abgesperrt worden. Ferner werden Gerüchte verbreitet, daß die Behörden die bei ihnen angestellten Personen zu zwingen suchen, ihre fälligen Mieten zu zahlen. Auch soll der Magistrat eine Verordnung vorbereitet, nach der der Mieter ohne irgendwelche Vorverhandlungen bei Nichtzahlung der Miete in eine Strafe von 150 M. genommen wird.

Die Verweigerung der Ausgabung der Lebensmittelkarten ist ungesetzlich. Die Hauswirte erfüllen mit der Verteilung dieser Karten ihnen eine gesetzlich auferlegte Pflicht. Ebenso ist es auf das Schärffste zu verurteilen, wenn den Mietern die Zufuhr von Wasser abgeschnitten wird. Die Hilfe der Behörde zur Abstellung solcher Zwangsmassnahmen kann deshalb nicht verweigert werden. Ebenfalls aber dürfen die Behörden in die Privatverhältnisse ihrer Angestellten oder Arbeiter eingreifen; es ist auch nicht anzunehmen, daß der Magistrat eine solche Absicht hat. Unmöglich ist es ferner, einen Mieter ohne weiteres auf die Straße zu setzen.

Aus allen diesen Vorkommnissen aber sollte doch die Leitung des Mieterverbandes zu der, wie aus zahlreichen Zuschriften an uns hervorgeht, selbst die Mitglieder durchaus kein unbedingtes Zutrauen haben, die Lehre ziehen, daß der Mieterstreik, noch dazu wenn er in so unzulänglicher Weise organisiert ist, keinen Erfolg verspricht, sondern die Streikenden nur der Gefahr schwerer wirtschaftlicher Schädigungen aussetzt.

Die städtischen Verluste an Lebensmitteln

Eine Eingabe an den Reichsernährungsminister

In einer ausführlichen Eingabe an den Reichsernährungsminister führt der Berliner Magistrat lebhafteste Klage darüber, daß der Stadt große Verluste an Lebensmitteln entstanden sind, weil die zuständigen Reichs- und Staatsstellen die Kommunalverbände nicht rechtzeitig über die von ihnen beschlossenen Maßnahmen unterrichten. Den Kommunalverbänden seien vielfach Anweisungen über bestimmte Dispositionen gegeben worden, an die sich dann die Reichs- und Staatsstellen häufig sehr nicht gehalten hätten. Im einzelnen wird dann nachgewiesen, welche außerordentlichen Verluste auf den verschiedenen Gebieten der Ernährungswirtschaft entstanden sind. Es handelt sich dabei um Margarine, Schmalz und Butter, um kondensierte Milch, um Teigwaren, um Reis sowie um die Brot- und Fleischversorgung. Fast durchweg hatte die Einzelgemeinde hierbei mit Schwierigkeiten und zum Teil mit erheblichen Verlusten zu rechnen. Der Magistrat beantragt deshalb, mit den zuständigen Reichsstellen in Verhandlungen zu treten, um Mittel zur Abwendung der entstandenen oder drohenden Schäden zu finden.

Das Verlangen der städtischen Behörden ist umso berechtigter, als manche der Maßnahmen der Reichsregierung den Eindruck erwecken, als ob die dadurch einzutretenden Schäden für die Gemeinden nicht völlig unbeachtlich wären. Manche Kreise lassen sich ja nur von dem Wunsch der Herabwürdigung des Kommunalverwaltungsgeistes leiten.

Waffenfunde in einem Konsumverein. Heute früh wurden die Räume des Konsumvereins im Hause Weißstr. 4-5 durch eine größere Zahl von Beamten der Schutzpolizei nach Waffen durchsucht. Dabei fand man im Kellerraum in einer Tischschublad 157 Panzergrenaten ohne Zünder, zwei Wasserpistolen, und zwar eine lange und eine kurze, beide Robell 1906, mit sieben Patronen, einen Trommelrevolver mit fünf Patronen und eine Leuchtorgel. Der Geschäftsführer Carl

